Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen
Ausschussdrucksache
21(26)62

Bildung als Schlüssel zu Chancengleichheit und Fachkräftesicherung

10 Punkte für ein durchlässigeres und erfolgreicheres Bildungssystem

11. Juni 2025

Zusammenfassung

Das Bildungssystem in Deutschland muss durchlässiger werden. Das bedeutet, dass junge Menschen unabhängig von ihrem Elternhaus und ihrer Herkunft Bildungschancen wahrnehmen können. Der Wechsel von einer Bildungseinrichtung in die nächste muss reibungslos geschehen. Dies gilt für vertikale Übergänge wie den Wechsel von der Kita in die Schule oder später in die Ausbildung. Es gilt aber auch für horizontale Übergänge, also den Wechsel zwischen verschiedenen Schulen, auch in unterschiedlichen Bundesländern.

Durchlässigkeit ist sozial und ökonomisch zwingend und sie umzusetzen drängt. Nur mit einem durchlässigen Bildungssystem gelingt es, alle Potenziale für Gesellschaft und Wirtschaft zu entfalten. Darum setzen sich Unternehmen und ihre Verbände seit Jahren dafür ein. Ziel muss sein, dass alle jungen Menschen ihre Bildungschancen wahrnehmen und ihre Fähigkeiten entwickeln können. Sie sind die zukünftigen Fachkräfte, die von Unternehmen händeringend gesucht werden.

Um dies zu erreichen, müssen die Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen organisatorisch und strukturell für alle funktionieren, unabhängig vom sozialen Hintergrund. Kitas, Schulen, berufliche Schulen und Hochschulen müssen alle Lernenden optimal fördern und bei den Übergängen aktiv begleiten und beraten. Hierbei müssen Bildungseinrichtungen etwaiges Silodenken überwinden und eng zusammenarbeiten, unterstützt von Politik, Verbänden, Unternehmen, Kammern und Arbeitsagenturen. Gerade bei der beruflichen Orientierung sind Unternehmen gefragt, über Praktika Jugendlichen und Lehrkräften praktische Einblicke in die Arbeitswelt zu geben. Bund und Länder müssen bei Bildungseinrichtungen für gleichwertige Rahmenbedingungen sorgen und politisch einen stärkeren Fokus auf die Chancen der dualen Ausbildung legen.

Aktuell führen soziale Hürden, qualitative Mängel, fehlende Übergänge und eine einseitige politische Fokussierung auf bestimmte Bildungswege dazu, dass Deutschland Potenziale in erheblichem Umfang verliert.

Die folgenden zehn Punkte beschreiben die entscheidenden Veränderungen, die jetzt nötig sind.

Im Einzelnen

1. Frühkindliche Bildung als erste Stufe des Bildungssystems aufwerten, Startchancen erhöhen und von der Herkunft entkoppeln, Sprache fördern

Schon in der Kita wird deutlich, dass der Bildungszugang in Deutschland stark von der Herkunft abhängt: Die Teilhabequote von Kindern unter drei Jahren liegt bundesweit insgesamt bei 36 %, bei Kindern mit Migrationshintergrund jedoch lediglich bei 20 %.[1] Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen oder Bildungsstand besuchen seltener eine Kita als Kinder von Eltern mit Hochschulabschluss. Bei Familien, die zuhause kein Deutsch sprechen, erhält jedes dritte keinen Kita-Platz trotz Bedarfs.[2] Das hat gravierende Folgen. Denn gerade für diese Kinder ist die frühe Förderung elementar, um nicht mit Nachteilen in die Grundschule zu starten. Hier braucht es daher einen grundlegenden Paradigmenwechsel: Die Kita ist die erste Stufe des Bildungssystems. Politik und Träger müssen sie auch als solche verstehen und entsprechend ausstatten. Bund und Länder müssen die „Gesamtstrategie Fachkräfte“ für Kitas zügig umsetzen.

Die Qualität der Kitas und der Zugang zu früher Bildung unabhängig von der Herkunft muss höchste Priorität haben, damit alle Kinder gute Startchancen haben (vgl. BDA-Positionspapier). Die Bildungspläne müssen in den Kitas verbindlich umgesetzt und durch ein systematisches Monitoring begleitet werden. Kitas und später die Grundschulen müssen den Sprachstand flächendeckend erheben und die deutsche Sprache gezielt und systematisch fördern. Kinder, die zusätzliche Unterstützung benötigen, brauchen eine verpflichtende Sprachförderung vor dem Eintritt in die Grundschule. Diese sollte am besten im Schulgesetz verankert sein. Kitas sollten dabei Sprache und MINT-Kompetenzen verbinden und das natürliche Interesse der Kinder an Natur und Technik aktiv nutzen. Dabei lernen die Kinder auch wichtige soziale Kompetenzen und ein offenes Miteinander. Von diesen Grundlagen werden sie in ihrer weiteren Bildungsbiografie konkret profitieren.

2. Schulqualität verbessern, Basiskompetenzen gewährleisten, Ausbildungsreife sicherstellen

Alle Schulleistungsstudien für Deutschland zeigen, dass ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler nicht über die notwendigen Basiskompetenzen verfügt. Diese sind jedoch das Fundament für jeden weiteren Bildungsschritt. Erfolgreich umgesetzt sind sie auch ein wichtiges Instrument, um Herkunft von Bildungserfolg zu entkoppeln. Darum müssen Schulen diese in jedem Fall vermitteln und die bundesweit geltenden Bildungsstandards verbindlich umsetzen. Ziel der Schule muss es sein, alle Jugendlichen zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen und die Ausbildungs- oder Studienreife sicherzustellen. Der Innovationsstandort Deutschland braucht ein hohes Bildungsniveau.

Die Kultusministerien müssen Schulqualität und Bildungsgerechtigkeit mit einem datenbasierten System der Schulentwicklung sichern: Dieses sollte Ziele setzen, Fortschritte messen und Handlungsbedarf konkret benennen (vgl. BDA-Positionspapier). Die Initiative mehrerer Bundesländer, messbare Bildungsziele bundesweit vereinbaren und erheben zu wollen, sollte in politisches Handeln umgesetzt werden.[3]

---

[1] Vgl. Bildungsbericht 2024
[2] Vgl. https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20728.pdf
[3] Vgl. Initiative „Bessere Bildung 2035“: https://www.wuebben-stiftung-bildung.org/?post_id=20193&download=1

Die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte durch Hochschulen, Studienseminare und Landesinstitute sollte den Lehrkräften die notwendigen Kompetenzen für eine treffsichere Diagnostik und wirksame Lehrkonzepte vermitteln. Das Startchancenprogramm des Bundes verfolgt den richtigen Ansatz, indem es mit klaren Vorgaben die Basiskompetenzen an Schulen mit Sozialindex fördert. Damit ist eine zielorientierte und messbare Schulentwicklung gestartet, die von Bund und Ländern im zweiten Schritt auf alle Schulen ausgerollt werden sollte. Ab 2026 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsschulen. Auch diese neuen Spielräume sollten Schulen gezielt nutzen, um Basiskompetenzen zu vermitteln und Kinder und Jugendliche individuell zu fördern. Auch kann der Ganztag dazu beitragen, durch gezielte Nachhilfe Unterschiede bei den Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern auszugleichen.

3. Nahtlose Übergänge von einem Bildungsbereich in den nächsten aktiv gestalten, Schülerdatennorm konsequent umsetzen.

Jedes Jahr verlassen rund 50.000 Schülerinnen und Schüler – fast 7 % – die Schule ohne Abschluss.[4] Etwa 250.000 Schülerinnen und Schüler nehmen nicht unmittelbar eine Ausbildung auf, sondern gehen zunächst ins sog. Übergangssystem.[5] Insgesamt 626.000 der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren in Deutschland sind sog. NEET („Not in Education, Employment or Training“) und befinden sich aktuell weder in einer Ausbildung noch in Beschäftigung. Hier gehen Potenziale, Zeit und Lebenschancen verloren, weil Übergänge nicht gelingen. Der Wechsel von einem Bildungsbereich in den nächsten darf nicht zur Abbruchkante werden.

Die Bildungsstufen – von der Kita in die Grundschule, in weiterführende Schulen und danach in Ausbildung oder Studium – müssen nahtlos ineinander übergehen. Das setzt voraus, dass die verschiedenen Bildungsbereiche Hand in Hand arbeiten. Sie müssen kontinuierlich im Austausch sein und die Kompetenz- und Leistungsanforderungen der nächsten Stufe kennen und darauf vorbereiten. Dies betrifft z. B. die Sprachkompetenz, die für einen erfolgreichen Schulstart und den weiteren schulischen Verlauf wichtig ist. Ebenso muss der Unterricht in der gymnasialen Oberstufe, z. B. in Mathematik, den erfolgreichen Einstieg in einen MINT-Studiengang möglich machen. So gelingt es, Kinder, Jugendliche und Eltern gut und transparent zu unterstützen und zu beraten. Dies wirkt sich auch auf den Lernerfolg aus.

Damit Arbeitsagenturen auch jungen Menschen ohne Anschlussperspektive Angebote der Berufsberatung und Berufsorientierung unterbreiten können, müssen Bundesagentur für Arbeit (BA) und Länder den Datenaustausch verbessern und die sog. Schülerdatennorm konsequent nutzen. Für einen ungehinderten Datentransfer müssen die Länder die notwendigen landesrechtlichen Regelungen erlassen, damit Schulen die relevanten Daten zu Schülerinnen und Schülern an die BA übermitteln können, und auch eine Rückübertragung ermöglichen. Dies ist wichtig für den Fall, dass die BA junge Menschen nicht erreicht und die zuständigen Stellen der Länder ggf. weitere Maßnahmen ergreifen müssen. Dazu müssen die Länder Stellen benennen, die von der BA entsprechend informiert werden und den unmittelbaren Kontakt mit den Jugendlichen suchen. Ziel muss sein, dass keine Jugendlichen durchs Raster fallen.

[4] Bildungsbericht 2024
[5] Bildungsbericht 2024

4. *Berufliche Orientierung frühzeitig und verbindlich im Bildungsplan integrieren, Chancen dualer Ausbildung auch an Gymnasien vermitteln, durch Praktika Praxiseinblicke stärken*

Herkunft und Bildungserfolg sind in Deutschland eng gekoppelt, z. B. besuchen Kinder und Jugendliche aus Akademikerfamilien weit häufiger ein Gymnasium und entscheiden sich für ein Studium als Gleichaltrige, deren Eltern nicht studiert haben.[6] Ein wichtiges Instrument, den Zusammenhang von Herkunft und Bildungsweg zu entkoppeln, ist die Berufliche Orientierung. Darum müssen alle Schulen flächendeckend und verbindlich ab Klasse 5 Berufliche Orientierung verankern. Hierbei helfen verlässliche Kooperationen mit Unternehmen, Arbeitsagenturen und beruflichen Schulen. Das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland fördert die Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen. Schülerinnen und Schüler lernen die Arbeitswelt und mögliche Ausbildungswege kennen und knüpfen Kontakte. So finden junge Menschen auch Praktikums-, Ausbildungs- und (duale) Studienplätze und Unternehmen gewinnen Nachwuchskräfte. Das Berufswahl-SIEGEL macht Schulen mit hervorragender Berufsorientierung sichtbar und gibt Entwicklungsimpulse. Es kann Eltern bei der Orientierung zur Schulwahl helfen.

Lehrinnen und Lehrer müssen Kinder und Jugendlichen frühzeitig, praxisnah und systematisch über unterschiedliche Berufe, Tätigkeitsfelder und Bildungswege informieren. Hierzu sollten Lehrkräfte Unternehmenspraxis kennen und selbst z. B. ein Praktikum für Lehrkräfte im Betrieb absolvieren.[7] Berufliche Orientierung muss stärker als bisher klischeefrei sein. Sie gelingt, wenn sie an den Stärken und Interessen der jungen Menschen ansetzt und zugleich den Blick auf den (regionalen) Arbeitsmarkt und seine Perspektiven richtet. Gerade Gymnasien dürfen nicht einseitig nur über Studienmöglichkeiten informieren, sondern auch über berufliche Ausbildungen. Sie müssen die Chancen beruflicher und hochschulischer Bildung gleichwertig darstellen und auch spätere Wechsel- und Kombinationsmöglichkeiten vermitteln. Praxiseinblicke helfen Kindern und Jugendlichen in jedem Alter und in jedem Bildungsbereich, ihren beruflichen Weg zu finden. Exkursionen, Inputs aus der Praxis oder Praktika unterstützen sie dabei, realistische Vorstellungen von Berufen zu erlangen und berufliche Möglichkeiten kennenzulernen. Sie starten damit besser in den Beruf, weil ihre Wahl wirklich zu ihnen passt. So werden die Abbruchquoten in Studium und Ausbildung sinken. Diese sind mit rund 30 % im Bachelorstudium und rund 15. % in der dualen Ausbildung nach wie vor zu hoch.[8] Auch Wechsel von Studienfächern oder Ausbildungen werden seltener, wenn junge Menschen ihre Bildungsentscheidungen mit mehr Hintergrundwissen treffen können.

5. *Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung in beide Richtungen stärken, Kooperationen verstetigen, Beratungsangebote der Arbeitsagenturen nutzen*

Berufliche und hochschulische Bildung bieten gegenseitig Anschlussmöglichkeiten, die jedoch immer noch zu wenig bekannt sind. Hier müssen Hochschulen, Unternehmen, Arbeitsagenturen, Verbände und Kammern stärker und besser informieren und kontinuierlich zusammenwirken. Dabei muss die berufliche Bildung bei allen Beteiligten stärker in den Fokus rücken. Die berufliche Aus- und Fortbildung bietet vielfältige Chancen für alle Zielgruppen, ob mit oder ohne Abitur, mit oder ohne akademische Vorkenntnisse oder Abschlüsse.

---

[6] Vgl. ifo-Chancenmonitor 2023 und Bildungsbericht 2024
[7] Vgl. www.unternehmenspraktika.de
[8] DZHW 2022

In vielen Fällen bieten Branchen Ausbildungsinteressierten mit Abitur die Möglichkeit einer verkürzten Ausbildung oder gesonderte Abiturientenprogramme mit unmittelbar anschließender Aufstiegsfortbildung. Diese Angebote eigenen sich auch für Studienzweiflerinnen und -zweifler. Hochschulen, Unternehmen und Arbeitsagenturen müssen hier kontinuierlich bei der Beratung zusammenarbeiten und über bestehende Chancen und Verkürzungsmöglichkeiten informieren. Für Studienabbrecherinnen und -abbrecher mit mindestens 90 erworbenen ECTS und zwei Jahren Berufserfahrung besteht sogar die Möglichkeit, direkt die Aufstiegsfortbildungsprüfung zum Handelsfachwirt und zur Handelsfachwirtin zu absolvieren.

Auch für Hochschulabsolventinnen und -absolventen bietet die berufliche Aufstiegsfortbildung interessante Anknüpfungspunkte. Gelungene Beispiele für bestehende Durchlässigkeit sind die Architektin, die sich nach Abschluss des Studiums über eine Qualifizierungsprüfung zur Gebäudeenergieberaterin im Handwerk weiterqualifiziert, oder der BWL-Absolvent, der die Fortbildungsprüfung bei der Handelskammer zum Bilanzbuchhalter ablegt. Mit solchen Kombinationen ergeben sich hervorragende Berufschancen.

In Richtung berufliche Bildung in die hochschulische Bildung ermöglichen alle Bundesländer Qualifizierten mit abgeschlossener Berufsausbildung auch ein Studium ohne Abitur und die Anrechnung beruflicher Qualifikationen auf bis zu 50 % eines Studiengangs. Auch diese Möglichkeiten müssen von Studieninteressierten und Hochschulen stärker genutzt werden.

6. Gleichwertigkeit von beruflicher und hochschulischer Bildung konkret und in der Praxis stärken

Gesellschaft und Politik müssen akademisch und beruflich ausgebildete Fachkräfte gleichermaßen wertschätzen und anerkennen. Das ist nicht immer der Fall: Berufsschulen und Hochschulen sind vielerorts nicht gleichwertig ausgestattet. Studierende profitieren von Vergünstigungen beim Wohnen und im öffentlichen Nahverkehr, die es für Auszubildende nicht gibt. Auch bei Karrierewegen im Öffentlichen Dienst haben beruflich Qualifizierte nicht dieselben Chancen. Hier besteht konkreter Handlungsbedarf von Bund, Ländern und Kommunen in der Praxis (vgl. BDA-Stellungnahme).

7. Erfolgsmodell Duales Studium bedarfsgerecht und vielfältig ausbauen, zusätzliche Regularien und Bürokratie verhindern

Das duale Studium hat sich mit seinen zwei Lernorten Hochschule und Betrieb auch international zu einem Best Practice-Modell entwickelt und ist für viele Unternehmen unverzichtbarer Baustein zur Fachkräftesicherung. Daher ist es wichtig, das Format nicht durch zusätzliche Regularien und Bürokratie zu behindern.

Aktuell kooperieren über 50.000 Unternehmen in rund 1.700 dualen Studiengängen mit Hochschulen in ganz Deutschland. Über 120.000 Frauen und Männer studieren dual, praxisintegriert oder ausbildungsintegriert.[9] Für diesen Erfolg ausschlaggebend: Die Studienformate sind je nach Standort, Region, Branche, Unternehmen unterschiedlich und entsprechen dem jeweiligen tatsächlichen Bedarf. Theorie und Praxis sind curricular verknüpft. Diese Bandbreite an Gestaltungsmöglichkeiten muss erhalten bleiben. Die niedrige Abbruchquote und hohe Übernahme- und Beschäftigungsquoten belegen die Qualität. Das duale Studium schafft es dabei auch, soziale Hürden zu durchbrechen: Studieninteressierte aus Nichtakademikerfamilien nutzen es häufiger als Personen aus akademischem Elternhaus.[10]

[9] Berufsbildungsbericht 2024
[10] IAB 2023 https://doku.iab.de/kurzber/2023/kb2023-15.pdf

Damit ist es ein Paradebeispiel für gelungene Durchlässigkeit im Bildungssystem. Eine Vereinheitlichung des dualen Studiums, wie sie immer wieder politisch diskutiert wird, würde dieses Erfolgsmodell untergraben.

8. Individuelles Lernen verstärken, Chancen der Digitalisierung nutzen

In allen Bildungsbereichen nimmt die Diversität der Lernenden zu, etwa in Bezug auf Herkunft, Sprachniveau, Alter, formale oder auch non formale und informelle Kompetenzen, Berufstätigkeit, familiäre Verantwortung etc. Um dieser Diversität gerecht zu werden, brauchen Bildungseinrichtungen von der Politik die nötigen Entscheidungsfreiräume und didaktisch qualifizierte Fachkräfte. Digital gestützte Konzepte verbessern die individuelle Diagnostik und fördern Lernerfolge, insbesondere, wenn sie auch die Möglichkeiten künstlicher Intelligenz gezielt nutzen. An Schulen, Berufsschulen, Hochschulen oder in der Weiterbildung ermöglichen digitale Formate auch eine größere räumliche und zeitliche Flexibilität. So erleichtern sie lebenslanges Lernen. Die Bundesländer müssen das in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften aller Bildungsbereiche berücksichtigen.

Darüber hinaus ist ein bundeseinheitliches Verständnis des EU-Beihilferechts ein zentraler Schritt, damit Hochschulen ihr Potenzial als Anbieter wissenschaftlicher Weiterbildung für Erwerbstätige ausschöpfen können.[11] Aktuell legen die Bundesländer das EU-Beihilferecht unterschiedlich aus, was bei den Hochschulen zu Unsicherheit und unterschiedlicher Finanzierung führt.

9. Wege der zweiten Chance ausbauen, kontinuierliche Weiterbildung unterstützen und Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen vereinfachen

Personen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung bleiben auf dem Arbeitsmarkt unter ihren Möglichkeiten. Sie und die Unternehmen, die sie beschäftigen, brauchen daher einfache Wege und bedarfsgerechte Angebote, um Qualifikationen nachzuholen und ihre Einsatzchancen zu erhöhen. BA und Weiterbildungsanbieter müssen hier noch gezielter und zielgruppenspezifischer informieren. Das gilt auch für das Angebot bestehender Teilqualifikationen, das ausgebaut und von geringqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch stärker genutzt werden sollte. Teilqualifikationen (TQ) sind ein sinnvolles Instrument, berufliche Handlungsfähigkeit nachzuweisen. Sie erleichtern es den zuständigen Stellen, über die Zulassung zur Externenprüfung zu entscheiden. Auf dem Weg zum Berufsabschluss sind TQ motivierende Etappen.

Betriebe stehen vor der Aufgabe, Belegschaften berufsbegleitend und bedarfsgerecht weiterzuqualifizieren und dabei auch formal Geringqualifizierte zu erreichen. Denn auch im weiteren Bildungsverlauf werden Bildungsrückstände zementiert: Gut Qualifizierte bilden sich deutlich häufiger weiter als An- und Ungelernte. Mit einer Weiterbildungsquote von zuletzt 44 % liegen Geringqualifizierte merklich unter dem Durchschnittswert von 54 %.[12] Darum müssen Führungskräfte Qualifizierungsbedarfe regelmäßig formulieren und nachhalten. Gleichzeitig muss Mitarbeitenden bewusst sein, dass kontinuierliche Weiterbildung auch eine Bringschuld ist, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Betriebliche und überbetriebliche Mentoring- und Buddy-Programme können dieses Verständnis fördern und die Eigenverantwortlichkeit stärken.

---

[11] Vgl. Forderungen des Arbeitskreises Hochschule/Wirtschaft von BDA, BDI und HRK: https://arbeitgeber.de/wp-content/uploads/2022/02/Forderungen-des-Arbeitskreises-Hochschule_Wirtschaft-von-HRK-BDA-und-BDI.pdf

[12] Adult Education Survey 2022

Mit Blick auf die Potenziale ausländischer Fachkräfte müssen Bund und Länder zügig die Rahmenbedingungen für transparente und unbürokratische Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Qualifikationen schaffen und klare Zuständigkeiten und Anlaufstellen festlegen (vgl. BDA-Positionspapier).

10. Bürokratische und rechtliche Hürden abbauen, Verwaltung konsequent digitalisieren und Redundanzen abbauen, Bund-Länder-Programme bürokratiearm gestalten

Die Bildungsverwaltung in Deutschland ist zu bürokratisch, zu analog und zu langsam. Die dezentralen Strukturen in den Bundesländern führen zu Doppelungen. Diese sind teuer, erschweren Wechsel zwischen Bundesländern und beeinträchtigen die Wirkung wichtiger Bundesprogramme. Beim Digitalpakt z. B. fließen hohe Anteile in die Verwaltungsfinanzierung, bevor überhaupt etwas in den Bildungseinrichtungen ankommt. Bund und Länder müssen hier dringend Abhilfe schaffen und gemeinsame Programme bürokratiearm gestalten. Dies wird auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigt und muss dringend und zügig umgesetzt werden. Die föderalen Strukturen bedeuten Einheit in Vielfalt: Vielfalt, wo immer möglich, aber Einheit, wo immer nötig. Bund und Länder müssen ihre Verwaltungsstrukturen vereinfachen und konsequent digitalisieren. Ob bei Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen oder beim BAföG-Antrag: Bund und Länder müssen ihre Abläufe medienbruchfrei gestalten. Ziel muss sein, dass Bewerberinnen und Bewerber Anträge digital stellen können, eine automatisierte Vorab-Einschätzung erhalten und sich auf eine kurze Bearbeitungszeit verlassen können. Es ist nicht zeitgemäß, dass Anträge, selbst wenn sie digital gestellt werden können, von Verwaltungen ausgedruckt und per Post weitergeschickt werden.

Die BDA engagiert sich gemeinsam mit ihren Mitgliedsverbänden in zahlreichen Initiativen für ein leistungsfähiges und qualitativ hochwertiges Bildungssystem (#GemeinsamFuerBildung). Bereits 2013 hat die BDA gemeinsam mit dem Stifterverband und der Hochschulrektorenkonferenz das Expertenforum Durchlässigkeit ins Leben gerufen, ein Austauschforum mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Bildung. Mit dem Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland stärkt die BDA gemeinsam mit dem IW Köln seit über 60 Jahren die Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen. Die Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw) unterstützt mit dem Studienkompass junge Menschen aus nichtakademischen Familien auf dem Weg ins Studium.

Ansprechpartnerin:

BDA | DIE ARBEITGEBER
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Abteilung Bildung
T +49 30 2033-1500
bildung@arbeitgeber.de

Die BDA organisiert als Spitzenverband die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft. Wir bündeln die Interessen von einer Million Betrieben mit rund 30,5 Millionen Beschäftigten. Diese Betriebe sind der BDA durch freiwillige Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden verbunden.